

Die Stunde des Bundeskanzlers

DIE WELT (Online) 21. Mai 2021
Von Klaus Wittmann



Februar 2024: Ukraines Präsident Selenskyj fordert in Berlin mehr Unterstützung von Bundeskanzler Olaf Scholz - Quelle: picture alliance/dpa

Olaf Scholz verspricht auf Wahlplakaten Frieden. Gleichzeitig kann sich die zweitgrößte Stadt der Ukraine nicht gegen die russischen Angriffe wehren, weil der Westen da Grenzen setzt. Der Kanzler muss mehr Entschlossenheit zeigen, schreibt Ex-General Klaus Wittmann in einem Gastbeitrag.

Der Überlebenskampf der Ukraine gegen Russlands brutale und verbrecherische Unterwerfungsinvasion ist in eine äußerst missliche Lage gekommen, an welcher die westlichen Unterstützungsnationen, nicht zuletzt Deutschland, ein großes Maß an Verantwortung tragen.

Die Gegenoffensive 2022 war nicht zuletzt daran gescheitert, dass erforderliche gepanzerte Gefechtsfahrzeuge in zu geringer Zahl und viel zu spät verfügbar waren (seitens Deutschlands erst fast ein Jahr nach dem entsprechenden Bundestagsauftrag). Die russischen Kräfte hatten viel Zeit, um eine tief gestaffelte „Verteidigung“ einzurichten.

Inzwischen ist Russland vielfach wieder in der Initiative. Der Ukraine fehlen Munition, Flugabwehrsysteme, Kampf- und Schützenpanzer und vieles andere – sowie zunehmend auch frisches, ausgebildetes Personal, dessen Gewinnung für Kampfeinsätze natürlich umso schwieriger ist, je prekärer die Lage an der Front und der Mangelzustand sind.

Der derzeitige russische Angriff über die Grenze nördlich von Charkiw macht Fortschritte, wenn auch mit begrenztem Raumgewinn und bei hohen eigenen Verlusten. Aber er bindet ukrainische Kräfte, nutzt sie ab und zieht Einheiten von anderen Abschnitten der überdehnten Front ab. Der Angriff soll auch durch eine „Pufferzone“ ukrainischen Beschuss vom Raum Belgorod fernhalten.

Gravierend ist der Mangel an Flugabwehr. Laut Präsident Selenskyj gibt es nur ein Viertel des für den Schutz von Städten und Fronttruppen Benötigten. Das erlaubt den gnadenlosen Luftkampf gegen Städte und vitale Infrastruktur.

Zwar kann die zweitgrößte ukrainische Stadt Charkiw mangels dafür ausreichender russischer Kräfte nicht eingenommen, wohl aber nach dem Vorbild Grosnys, Aleppos und Mariupols zerstört und entvölkert werden.

Bei alledem sollten ukrainische Erfolge auf der Krim, gegen die russische Schwarzmeerflotte und gegen Raffineriebetriebe nicht übersehen werden, aber auch Gegenmaßnahmen werden wirksamer, zum Beispiel gegen Unterwasserdrohnen.

Jedenfalls schilderte der russische Dissident Michail Chodorkowski unlängst in Berlin schonungslos die Aussichten bei zunehmend ungünstigem Kräfteverhältnis: Spätestens 2026 erwartet er eine Rumpf-Ukraine, wo es nur noch Untergrundkampf gibt.

Was heißt das für die Unterstützernationen, insbesondere die größte europäische Wirtschaftsmacht Deutschland, aber auch für die Abstimmung in der Nato, wo die jüngste Halbjahres-sitzung des Militärausschusses auf der obersten Ebene eher beschwichtigende Bewertungen erbrachte. Alles halb so schlimm?

Hoffnungen und Zusagen reichen nicht, „Rankings“ der Unterstützungsleistungen, schon gar mit des Kanzlers irreführenden Zahlenangaben, sind abgeschmackt – nur was an der Front und in der Luftverteidigung zur Wirkung kommt, zählt. Die Anstrengungen müssen vervielfacht werden.

Die Ampelkoalition muss sich gemeinsam klar werden über unsere Interessen. Welches sind konkrete Folgerungen des Bundeskanzlers aus seinen starken Aussagen bei der jüngsten Münchener Sicherheitskonferenz über die Folgen für uns aus einem russischen Sieg in der Ukraine oder über die Sicherheit, ohne die „alles andere nichts“ ist?

Schonungslose Analyse erforderlich

Verträgt sich das mit der Weigerung, einen „Sieg“ der Ukraine (im Sinne der Einstellung von Russlands verbrecherischer Kriegführung und des Abzugs seiner Truppen) zu propagieren?

Hinsichtlich der militärischen Unterstützung ist eine schonungslose Analyse der Folgen für die Ukraine von Verzögerungen, geringen Zahlen, eingrenzenden Auflagen sowie versäumter Ankurbelung von Rüstungsbestellungen und Munitionsproduktion erforderlich.

Ressourcen müssen mobilisiert werden, die denen der USA vergleichbar sind, und Europa muss sich vorbereiten auf ein Einspringen für diese, sollte unter einem Präsidenten Trump die Ukraine-Hilfe eingestellt werden. Agnes Strack-Zimmermann stellte zu Recht fest, „drei Trump-freie Jahre“ habe man bereits verbummelt.

Die „Selbstabschreckung“ muss ein Ende haben – als würde Präsident Putin nicht gerade dann eskalieren, wenn er Schwäche und Erpressbarkeit zu spüren glaubt. Dazu gehört eine Neubewertung der Koalitions-Forderung nach „weitreichenden Präzisionswaffen“ – endlich einschließlich des Marschflugkörpers Taurus.

Entscheidend ist die Beseitigung der Auflage, mit westlichen Waffen nicht auf russisches Gebiet zu wirken, wie sie die Briten und offensichtlich endlich die US-Administration jetzt beschlossen haben (Außenminister Blinken wird zitiert mit der Aussage „Kiew entscheidet“).

Dem sollte Bundeskanzler Scholz sich umgehend anschließen und sich dabei vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Mützenich emanzipieren, der offenbar alles, was den russischen Streitkräften schadet, „brandgefährlich“ findet.

Falls man weiter dem ehemaligen General Vad mit seiner Warnung folgen will, „Taurus kann den Kreml zerstören“, und im fortgesetzten Misstrauen gegen die ukrainische Führung unbedingt Beschränkungen will, könnte man für ukrainische Angriffe mit den vom Westen gelieferten Waffen eine 100-Kilometer-Zone – zu Land und im Luftraum – jenseits der Grenze vereinbaren.

Das würde das Zerschlagen von Truppen in Bereitstellungsräumen erlauben (im Kalten Krieg hieß das FOFA – Follow-on Forces Attack) sowie das Fernhalten von Flugzeugen, beispielsweise solchen mit den gefährlichen Gleitbomben, mit Wirkung auf Transportwege und Vorräte sowie auf logistische und Führungseinrichtungen.

In vieler Hinsicht ist eine entschlosseneren Haltung des Bundeskanzlers erforderlich: im Anprangern des verbrecherischen Charakters des russischen Luftkriegs auch gegenüber den Staaten des „Globalen Südens“ und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping.

Wie intensiv geschieht das – oder ist Russlands Kriegführung bei solchen Treffen eher ein beiläufiges Routinethema? Und wie intensiv sind die Anstrengungen, bei den weltweit etwa 20 Nutzern des Flugabwehrsystems Patriot zu werben, erforderlichenfalls im Nato-Rahmen?

Wenn Scholz im Europawahlkampf als Garant des Friedens plakatiert wird, wüsste man gern, ob es da um einen gerechten, kraftvoll gesicherten Frieden geht oder im Ergebnis um den Friedhofsrieden, den Putin der Ukraine beschenken möchte.

Auch wäre es interessant zu erfahren, wie er sich die Stärkung der Bundeswehr vorstellt angesichts seiner gebremsten Unterstützung des Verteidigungsministers oder der Verniedlichung des dramatischen Personalproblems der Bundeswehr als „überschaubare Aufgabe“.

Scholz‘ ebenfalls plakatierte „Besonnenheit“ trägt jedenfalls dazu bei, die Ukraine ins Verderben abgleiten zu lassen, und sie schadet den so dringlichen Verteidigungsvorbereitungen unseres Landes. Die vor über zwei Jahren ausgerufenen Zeitenwende muss auch von ihm in viel stärkerem Maße ernst genommen werden.

Hoffentlich ist noch nicht zu viel Zeit vertan worden. Die Aufhebung absurder Beschränkungen für die Ukraine und die Aufgabe der Gewohnheit, Putin ständig die uns selbst gesetzten „roten Linien“ zu kommunizieren, könnten einen entscheidenden neuen Wendepunkt markieren.

Brigadegeneral a.D. Klaus Wittmann lehrt Zeitgeschichte an der Universität Potsdam.